

## Investitionsprogramm Ganztagschulen

Sehr geehrter

13.08.2024

die Nachricht, die Fördermittel zum Ganztagsausbau dem Zufall - sprich einem Losverfahren - zu überlassen, hat uns sehr überrascht und enttäuscht.

Dem Regierungspräsidium Stuttgart liegen allein aus Aalen insgesamt acht Förderanträge zum Ganztagsausbau mit einem Kostenvolumen von rund 34 Millionen Euro vor. Darunter befindet sich auch ein Projekt eines freien Trägers, das die Stadt Aalen ohne Bundes- bzw. Landesförderung ebenfalls mit finanzieren müsste. Insgesamt erwarten wir Fördermittel in Höhe von rund 23 Millionen Euro auf Grundlage der vorliegenden Förderkriterien. Sämtliche Projekte müssen im Hinblick auf den zum Schuljahr 2026/2027 beginnenden Rechtsanspruch zur Ganztagsbetreuung an Grundschulen unbedingt umgesetzt werden. Die Maßnahmen sind angesichts des erheblichen Zeitdrucks und im Vertrauen auf die den Städten und Gemeinden signalisierte, angemessene Förderung, zum Teil bereits so weit fortgeschritten, dass ein Stopp schon aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht mehr darstellbar wäre. Außerdem würden wir zeitlich erheblich in Verzug geraten, um den gesetzlichen Vorgaben nachkommen zu können. Weitere Projekte wären zudem nicht mehr umsetzbar.

Das jetzige Förderprogramm ist bereits um rund das Vierfache überzeichnet. Ohne eine auskömmliche Finanzierung durch das Land werden wir weder den Rechtsanspruch erfüllen noch einen ausgeglichenen städtischen Haushalt gewährleisten können.

Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Kommunen absolute Schwerpunkte bei Bildung und Betreuung setzen, dort einen wesentlichen Teil ihrer ohnehin knappen Finanzmittel einsetzen und gleichzeitig Bund und Land ihren Verpflichtungen nicht oder nur ansatzweise nachkommen.

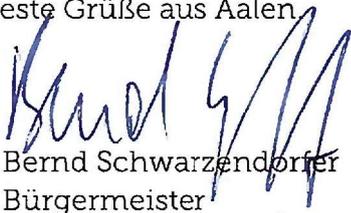
Das Konnexitätsprinzip, wonach die staatlichen Stellen bei der Übertragung öffentlicher Aufgaben an die Kommunen für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen haben, wird grob missachtet. Wer den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung beschließt, ist auch zur angemessenen Unterstützung der Kommunen verpflichtet.

Die Stadt Aalen richtet daher den dringenden Appell an das Land Baden-Württemberg, ausreichende Fördermittel für den Ausbau der Ganztagsbetreuung zur Verfügung zu stellen. Zumindest muss die Förderpraxis in einem ersten Schritt so gestaltet werden, dass alle Kommunen partizipieren. Weitere Förderprogramme müssen zeitnah und umfassend folgen, um so den endgültigen Ausbau der Ganztagsbetreuung bis ins Jahr 2029 sicherstellen zu können. Eine Ganztagsbetreuung und deren Rechtsanspruch kann letztlich doch nicht davon abhängig gemacht werden, wo man wohnt, sprich: welche Gemeinde vom „Losglück“ profitiert und welche nicht.

Wir dürfen Sie, sehr geehrter in Ihrer Funktion als  
Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag, sehr herzlich  
darum bitten, die Stadt Aalen und die baden-württembergischen Kommunen  
in ihrem Anliegen zu unterstützen und Ihren Einfluss im Landtag diesbezüg-  
lich geltend zu machen. Gemeinsam muss es uns gelingen, deutliche und  
dringend notwendige Nachbesserungen bei der Finanzierung unser Ganz-  
tagsangebote zu erreichen. Nur dann wird es möglich sein, dass Bildung und  
Betreuung weiterhin den ihnen zustehenden Stellenwert bei uns im Land  
einnehmen können.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank und beste Grüße aus Aalen

Ihr   
Frederick Brütting  
Oberbürgermeister

  
Bernd Schwarzendorfer  
Bürgermeister